

Kiel, 19. Juni 2015

Nr.: 05 /2015

Aus dem Landtag (33. Tagung, 17. Bis 19. Juni 2015)

Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung „Friesenhof“

Auch in der Vergangenheit und gehäuft in der zweiten Jahreshälfte 2014 hat es Beschwerden zu den Einrichtungen „Friesenhof“ in Dithmarschen gegeben, denen das Landesjugendamt auch nachgegangen ist. Daraufhin gab es Auflagen im Januar und eine Vereinbarung mit der Trägerin im April. Über Auflagen und Vereinbarung wurden die verantwortlichen Jugendämter, die Jugendliche in diese Einrichtungen entsendet hatten, informiert. Kommunale Jugendämter entscheiden, welche Hilfen für einzelne Jugendliche eingeleitet werden. Nach einer unangemeldeten Kontrolle durch das Landesjugendamt am 1. Juni wurde am 3. Juni die Betriebserlaubnis zweier Jugendhilfeeinrichtungen (Campina und Nanna) widerrufen und dies der Trägerin mitgeteilt. Als maßgeblicher Grund für die Schließung der Einrichtungen wurde das Fehlen ausreichend qualifizierten Personals genannt. Zudem Daneben entspreche der Umgang mit den Jugendlichen in den Einrichtungen nicht den vereinbarten pädagogischen Maßstäben, so das Landesjugendamt, das dazu im April eine Vereinbarung mit der Trägerin über Auflagen getroffen hatte. Nach der Schließung wurden sieben Mädchen vom Kreisjugendamt in Obhut genommen und in anderen Einrichtungen untergebracht.

Die Opposition hat zu den Vorgängen eine Aktuelle Stunde im Landtag beantragt und versucht schon seit Wochen, die Vorgänge zu skandalisieren. Dabei arbeitet sie auch mit Unterstellungen. Vor allem die CDU zeichnet sich durch Scheinheiligkeit aus, denn ihre Konzepte entsprechen genau dem, was sie jetzt kritisiert, nämlich gefängnisartige Einrichtungen.

Ministerin Alheit hat Kommunikationsmängel im Ministerium eingeräumt, denen zufolge sie selbst erst spät von den Vorkommnissen in den Heimen erfahren hat. Sie hat jedoch rasch ein Maßnahmenpaket zur Stärkung des Kinder- und Jugendschutzes in Einrichtungen und des Landesjugendamtes auf den Weg gebracht. Dazu gehören mehr Kontrollen und deshalb eine Verstärkung der Heimaufsicht sowie die Einrichtung einer Ombudsstelle für Kinder- und

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Jugendhilfeeinrichtungen. Dazu gehört auch eine engere Zusammenarbeit zwischen den entsendenden und den örtlichen Jugendämtern (Details hier: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/2015/150608_msgwg_MassnahmenJugendhilfe.html).

Die Rede des sozialpolitischen Sprechers Wolfgang Baasch zu diesem Thema: <http://www.spd.ltsh.de/presse/diskussion-ber-station-re-hilfen-zur-erziehung-f-hren>

Nachtragshaushalt

Mit dem Nachtragshaushalt sichert die rot-grün-blaue Koalition die Versorgung und Integration von Flüchtlingen und finanziert die Tarifeinigung im öffentlichen Dienst. 141 Mio. € mehr werden für Versorgung und Integration von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt (Gesamtsumme: 287 Mio. €). Insgesamt 3.150 Erstaufnahmeplätze und 240 neue Lehrerstellen für rund 6.000 Flüchtlingskinder werden damit finanziert. Die Kommunen erhalten rund 11 Mio. € zusätzlich für die Betreuungspauschale und für die Einrichtung von 30 Koordinierungsstellen. Aufgrund von Umschichtungen und Puffern können die Mehrausgaben ohne neue Schulden finanziert werden; die Neuverschuldung sinkt mit dem Nachtragshaushalt sogar auf 178 Mio. €.

Die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ist jedoch eine nationale Aufgabe; deshalb muss der Bund hier mehr Mittel zur Verfügung stellen. Immerhin hat er für 2015 mehr Mittel zugesagt, so dass Schleswig-Holstein nun 34 Mio. € und damit doppelt so viel wie ursprünglich vorgesehen, erhält; davon gehen 10 Mio. € an die Kommunen. Länder und Kommunen brauchen aber eine dauerhafte strukturelle Entlastung ab 2016.

Der jüngste Bericht des Stabilitätsrates bestätigt, dass die Finanzpolitik der Koalition seriös ist. Das Land hat seine Haushaltssituation kontinuierlich verbessert und die vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen umgesetzt. Das betrifft insbesondere auch die Personaleinsparungen – was nicht einfach ist – siehe das Thema Stelleneinsparungen bei der Polizei. Mit dem Haushalt 2015 bleiben wir mehr als eine halbe Milliarde Euro unterhalb der zulässigen Kreditaufnahme – wir gehen also verantwortungsbewusst und sparsam mit den Mitteln des Landes um.

Die Rede des Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner zum Nachtragshaushalt:

<http://www.spd.ltsh.de/presse/bei-uns-stehen-die-menschen-im-mittelpunkt>

Oberstufen an Gemeinschaftsschulen

In Schleswig-Holstein besuchen zum Schuljahr 2014/15 51.816 Schülerinnen und Schüler eine gymnasiale Oberstufe, und zwar 5.945 (11,5 Prozent) an einer Gemeinschaftsschule, 35.702 (68,9 Prozent) an einem Gymnasium und 10.169 (19,6 Prozent) an einem Beruflichen Gymnasium.

Mit unserem neuen Schulgesetz von 2014 haben wir ein Schulsystem eingeführt, an dem an allen weiterführenden Schulen alle Abschlüsse, also auch das Abitur, erreicht werden können. Die Schulen, die aus Gesamtschulen hervorgegangen sind, hatten eine Oberstufe, diejenigen, die vorher Haupt- und Realschulen waren, nicht. Besonders diese Gemeinschaftsschulstandorte sollen, wo es möglich ist, eine eigene Oberstufe erhalten, denn das 2-Säulen-Modell schließt einen direkten Weg zum Abitur ein.

In dieser Wahlperiode ist für 16 Gemeinschaftsschulen die Errichtung einer Oberstufe genehmigt worden: Grund und Gemeinschaftsschule Handewitt, Gemeinschaftsschule Kellinghusen, Hans-Brüggemann-Schule Bordesholm, Gemeinschaftsschule Nortorf, Heinrich-Heine-Schule Büdelsdorf, Albinus Gemeinschaftsschule Lauenburg, Friedegart-Belusa-Gemeinschaftsschule Büchen, Grund- und Gemeinschaftsschule Sandesneben, Gemeinschaftsschule im Schulzentrum Bad Segeberg, Dietrich-Bonhoeffer-Schule Bargteheide, Hahnheide-Schule Trittau, Eider-Treene-Schule Tönning, Gemeinschaftsschule Auenland Bad Bramstedt, Gemeinschaftsschule Probstei Schönberg, Gemeinschaftsschule St. Jürgen Lübeck, Gemeinschaftsschule Reinbek

Neben neuen Oberstufen gibt es viele Kooperationen von Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe mit Gymnasien, mit anderen Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe oder mit Beruflichen Gymnasien. Gegenwärtig sind mit den Beruflichen Schulen 56 Kooperationen geschlossen worden, mit den Gymnasien 31 und mit den Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe

vier. Das sind 92 Kooperationen von Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe mit einer anderen Schule. Weitere Kooperationen sind in Vorbereitung.

Mit diesem Weg ermöglichen wir es mehr jungen Menschen, das Abitur zu erreichen. Denn die Oberstufe an der eigenen Schule ist gerade für die Schülerinnen und Schüler wichtig, die nicht von Beginn der Sekundarstufe I an das Abitur im Blick haben, sondern sich erst später in diese Richtung entwickeln.

Die Rede des schulpolitischen Sprechers Kai Vogel: <http://www.spd.ltsh.de/presse/die-durchlässigkeit-unseres-schulsystems-f-rdern>

Zu diesem Thema empfehlen wir auch den entlarvenden Redebeitrag der CDU-Abgeordneten Heike Franzen, die unterstellt, dass „die Anforderungen an den Übertritt in die Oberstufe noch weiter herabgesenkt werden, damit sich die Oberstufen halten können“, und ihre negative Haltung zu Gemeinschaftsschulen ganz unverblümt darlegt:

<http://www.ltsh.de/pressticker/2015-06/17/16-33-24-5d43/PI-VYGFNF1D-cdu.pdf>

Zu dieser „Anti-Gemeinschaftsschule-Rede“ der CDU-Abgeordneten Franzen hat Ralf Stegner im Parlament folgendes ausgeführt: „Es ist wahr, diese Schulen brauchen Anlaufzeit. Und zwar, weil wir die Schikanen gegenüber Gemeinschaftsschulen beenden mussten, die CDU-FDP durchgezogen haben. Wir haben es beendet, wir haben mehr Planstellen geschaffen, wir haben bessere Chancen geschaffen, damit die Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer auf diesen Schulen nicht benachteiligt werden, sondern das bekommen, was sie verdienen, nämlich gute Unterstützung vom Landtag und nicht nur ständig Knüppel zwischen die Beine, was schwarz-gelbe Politik gewesen ist.“

Die Propaganda, das sei Niveaueverschiebung nach unten, ist lächerlich. Wir haben ein Zentralabitur in Deutschland. Frau Franzen redet die Schulen schlecht. Doch dort wird gute Arbeit gemacht und die Kinder werden zu einem guten Abitur geführt.

Dann fragt Frau Franzen: Werden den Schülerzahlen entsprechend auch tatsächlich die Lehrerstellen zur Verfügung gestellt? Die Antwort lautet: Ja, weil es im Personalbemessungsverfahren nach Schülerzahlen geht. Das sollte die langjährige

bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion eigentlich wissen. Stattdessen tut sie so: Vielleicht werden die privilegiert. Ihre Behauptung, die Anmeldezahlen in den fünften Klassen der Gymnasien würden nachlassen, ist auch Unsinn. Viele verlassen die Gymnasien später, kommen auf die Gemeinschaftsschule und machen genau dort Abitur.

Alles in allem bekommen die Schüler dort von Frau Franzen gesagt, dass es hoffentlich scheitert. Ich dagegen freue mich über die Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen.

Anstatt den Schülern Glück zu wünschen, redet Frau Franzen diese Schulform negativ; das ist wirklich von vorgestern. Wenn es einer Rede bedurft hat, um den Unterschied zwischen der CDU und uns deutlich zu machen, dann war das die von Frau Franzen. Welch ein Glück, dass Sie in der Opposition sind und wir an der Regierung.“

Stellenabbau bei der Polizei

Entsprechend dem Stellenabbaupfad sollen bei der Landespolizei zwischen 2018 und 2020 insgesamt 122 Stellen (von insgesamt 8.338 Stellen, das sind 1,4 %) schrittweise abgebaut werden. Ein darüber hinaus gehender Stellenabbau wird ausgeschlossen.

In einem Antrag, der im Landtag verabschiedet wurde, hat die Koalition klargestellt, dass es über die bereits begonnenen Organisationsveränderungen von Polizeistationen (die vor allem im Bereich der Polizeidirektionen Ratzeburg und der Stadt Kiel noch nicht abgeschlossen sind) hinaus keine weiteren Strukturveränderungen und damit jenseits der Veränderungen bei der Wasserschutzpolizei auch keine weiteren Schließungen von Polizeistationen geben wird. Für eine Mindestpersonalausstattung von Dienststellen gibt es keine Vorgaben, sondern die Besetzung wird sich an regionalen Besonderheiten und polizeifachlichen Kriterien orientieren.

Der Stellenabbau soll durch konsequente Aufgabenreduzierung erreicht werden. Zur Wahrung der Interessen der Polizeibeamtinnen und -beamten sowie aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei muss der Stellenabbau in einem transparenten Verfahren erfolgen, der den Wegfall jedes einzelnen Dienstpostens im operativen Bereich fachlich bewertet und in seiner

Auswirkung für die Arbeitsfähigkeit der Landespolizei und die Arbeitsbelastung der Polizeibeamtinnen und -Beamten vorhersehbar macht.

Im unmittelbaren Aufgabenvollzug wird es keine Stelleneinsparungen geben. Zusätzliche Aufgaben können der Landespolizei nur dann auferlegt werden, wenn ihr hierfür zusätzliches Personal zugewiesen wird.

Zudem soll es neben der bereits beschlossenen Anhebung der Erschwerniszulage Verbesserungen primär im Einstiegsbereich geben.

Die Rede von Innenminister Stefan Studt: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/IV/Presse/PI/2015/150618_im_stellenabbau.html

Die Rede des Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner: <http://www.spd.ltsh.de/presse/unsere-polizei-ist-zukunftsfest>

Vergütungsoffenlegungsgesetz

Der Landtag hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, der FDP und der Piraten das Gesetz zur Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im Land Schleswig-Holstein verabschiedet. Mit diesem Vergütungsoffenlegungsgesetz wollen wir mehr Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Sie sollen sich unkompliziert und verlässlich über Gehälter und Pensionsansprüche von Spitzenmanagerinnen und Spitzenmanagern sowie von Mitgliedern der Aufsichtsgremien von Unternehmen in öffentlicher Hand oder mit öffentlicher Beteiligung informieren können. Dies betrifft also kommunale Unternehmen und Landesunternehmen; somit werden z.B. die Gehälter der Sparkassenvorstände, der Investitionsbank, des UKSH und weiterer öffentlich-rechtlicher Unternehmen transparent gemacht. Der CDU geht die Transparenz zu weit; sie lehnt das Gesetz ab.

Die Rede der Sprecherin für Kommunal Finanzen, Beate Raudies:
<http://www.spd.ltsh.de/presse/es-geht-um-transparenz-und-vertrauen>



Weitere Details in der Pressemitteilung von Beate Raudies: <http://www.spd.ltsh.de/presse/mehr-transparenz-ffentlichen-unternehmen>

Termine

Die SPD-Landtagsfraktion lädt zu weiteren Regionaldialogen ein, in denen Ralf Stegner unsere Bilanz vorstellt. Für die Landesregierung spricht jeweils ein/e Minister/in bzw. der Ministerpräsident. Wir diskutieren mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern und erörtern mit ihnen an Themen-Tischen, die von unseren Arbeitskreis-Vorsitzenden geleitet werden, Anregungen für die politische Arbeit der nächsten zwei Jahre. Die Veranstaltungen finden statt:

22. Juni, 19 Uhr, Aula der Theodor-Heuss-Schule, Datumer Chaussee 2, Pinneberg (mit Ministerpräsident Torsten Albig)

30. Juni, 19 Uhr, Freizeithaus des Theodor-Schäfer-Berufsbildungswerkes, Husum (mit Innenminister Stefan Studt)

02. Juli, 19 Uhr, Galerie 66, Kieler Straße 78, Eckernförde (mit Bildungsministerin Britta Ernst)

Genauere Informationen zu allen Regionalkonferenzen finden sich hier:

<http://www.spd.ltsh.de/termine>